Widerspruch

www.linke-oder-spree.de

17. Jahrgang

Juni 2008

Kinder brauchen beste Bedingungen – von Beginn an!

Die Lobhudelei der Landesregierung war groß: wie toll doch die Qualität der Kinderbetreuung in Brandenburg wäre. Gestützt hat sie diese Behauptung auf den bundesweit höchsten Versorgungsgrad. Aber Pustekuchen! Selbst Minister Rupprecht musste neulich eingestehen: „Wir brauchen bei einem Verhältnis von 7 Kindern auf einen Erzieher nicht von Qualität in der Erziehung reden.“ Recht hat er.

Hintergrund ist eine Untersuchung der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, wonach Brandenburg im bundesdeutschen Vergleich bei der personellen Ausstattung der KiTas zu den schlechtesten gehört. Die so genannte Fachkraft-Kind-Relation für Kinder bis zu 36 Monaten liegt in Brandenburg bei 1 zu 7. Bezogen auf das Kinderbetreuungsnetzwerk der Europäischen Union sollte eine Fachkraft aber nur drei Kinder in diesem Alter betreuen. Aber auch im Bereich der drei- bis sechsjährigen Kinder hat Brandenburg mit einem Schlüssel von 1 : 13 eine erheblich schlechtere Personalausstattung als andere Bundesländer.

Durch längere Betreuungszeiten, Urlaub, Krankheit und Fortbildung werden sogar noch erheblich mehr Kinder von einer Fachkraft betreut. Außerdem sind durch die Umsetzung der Grundsätze elementarer Bildung (wie Sprachförderung, Dokumentation, intensivere Kooperation mit der Grundschule und höhere Anforderungen an die Elternberatung) den Kindertagesstätten erhebliche Aufgaben zusätzlich übertragen worden. Personell untersetzt wurden sie bisher jedoch nicht. Erzieherinnen und Eltern

sind in hohem Maße unzufrieden. Dieser Zustand ist mittlerweile untragbar – die Situation muss sich dringend ändern.

Darum bringt die Fraktion DIE LINKE zur Landtagssitzung am 28./29. Mai einen entsprechenden Antrag ein. Wir fordern ein Sofortprogramm und ein mittelfristiges Programm zur Verbesserung der strukturellen Bedingungen in den Kindertagesstätten. Dazu gehört die Verbesserung der Fachkraft-Kind-Relation, die Berücksichtigung von Vor- und Nachbereitungszeit, Teamarbeit und Arbeit mit den Eltern bei der Berechnung der Arbeitszeit, eine bedarfsgerechte Freistellung für Leitungstätigkeit und einen Ausbau der Praxisberatung.

DIE LINKE will kein Kind zurücklassen und gerade den Anfang der Entwicklung von Kindern stärken. Es geht um die Schaffung von adäquaten Rahmenbedingungen zur Realisierung eines qualitativ den Bedürfnissen des Kindes entsprechenden Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsangebotes.

Peer Jürgens, Erkner
Mitglied des Landtages Brandenburg

Mein Wunsch zum 1. Juni, Kindertag, dass Stahlhelme nur noch als Suppenschüsseln zum Einsatz kommen, mit reichlich Suppe für alle Kinder …

Gertrud Zucker

In dieser Ausgabe:

1. Parteitag der LINKEN in Cottbus 2

Wenn der Mensch Gott spielt … 3

Aus der Arbeit eines Abgeordneten 4

Für demokratische Kontrolle des Energiesektors 5

Rentenpolitik der LINKEN 6

Angst stoppt Diätenerhöhung 7

Ziel erreicht: 26 574 Unterschriften gegen neue Braunkohlentagebaue übergeben 8

Leiharbeit: Sklaventum des 21. Jahrhunderts 9

„Karl Marx ist ein fantastischer Denker“ 11

Action, Politics, Party, Chillen 11

DIE LINKE.
Kreisverband Oder-Spree

Vorstand der Partei DIE LINKE.

Der Parteivorstand besteht laut Bundessatzung für den Zeitraum von 2008 bis 2010 aus insgesamt 44 vom 1. Parteitag gewählten Mitgliedern.

- **Parteivorsitzende**
  - *Lothar Bisky* 81,3 Prozent
  - *Oskar Lafontaine* 78,5 Prozent
- **stellvertretende Parteivorsitzende**
  - *Klaus Ernst* 59,2 Prozent
  - *Katja Kipping* 74,2 Prozent
  - *Halina Wawzyniak* 61,8 Prozent
  - *Ulrike Zerhau* 58,7 Prozent
- **Bundesgeschäftsführer**
  - *Dietmar Bartsch* 75,5 Prozent
- **Bundesschatzmeister**
  - *Karl Holluba* 85,5 Prozent

Die Parteivorsitzenden, stellvertretenden Parteivorsitzenden, der Bundesgeschäftsführer und der Bundesschatzmeister bilden den Geschäftsführenden Parteivorstand

- **weitere Mitglieder des Parteivorstandes**
  Christine Buchholz (Berlin), *Ali Al Dailami* (Hessen), *Wolfgang Gehrcke* (Hessen), *Thies Gleiss* (Nordrhein-Westfalen), *Stefanie Graf* (die linke.sds), *Angelika Gramkow* (Mecklenburg-Vorpommern), *Anny Heike* (Bayern), *Rosemarie Hein* (Sachsen-Anhalt), *Maren Kaminski* (Niedersachsen), *Jürgen Klute* (Nordrhein-Westfalen), *Jan Korte* (Sachsen-Anhalt), *Caren Lay* (Sachsen), *Sabine Lösing* (Hessen), *Stefan Ludwig* (Brandenburg), *Gudrun Lukin* (Thüringen), *Ulrich Maurer* (Baden-Württemberg), *Wolfgang Methling* (Mecklenburg-Vorpommern), *Niema Movassat* (Linksjugend ['solid]), *Irene Müller* (Mecklenburg-Vorpommern), *Marc Mulia* (Nordrhein-Westfalen), *Matthias Höhn* (Sachsen-Anhalt), *Kersten Naumann* (Thüringen), *Inga Nitz* (Bremen), *Brigitte Ostmeyer* (Baden-Württemberg), *Britta Pietsch* (Nordrhein-Westfalen), *Christel Rajda* (Nordrhein-Westfalen), *Bodo Ramelow* (Thüringen), *Heidi Scharf* (Baden-Württemberg), *Ida Schillen* (Mecklenburg-Vorpommern), *Michael Schlecht* (Baden-Württemberg), *Helmut Scholz* (Brandenburg), *Axel Troost* (Bremen), *Sascha Wagener* (Sachsen), *Sahra Wagenknecht* (Berlin), *Harald Werner* (Berlin), *Janine Wissler* (Hessen)

Folgende Beschlüsse fasste der 1. Parteitag:

- Eine starke Linke für eine andere, bessere Politik (Leitantrag)
- Für eine emanzipatorische Familienpolitik der Partei DIE LINKE

sowie Wahl einer Satzungskommission, Ordnung für die Tätigkeit der Finanzrevisionskommissionen der Partei DIE LINKE, Schlüssel für Mitglieder des Bundesausschusses mit beratender Stimme, Arbeitsgremien und Geschäftsordnung des 1. Parteitages der Partei DIE LINKE
siehe *http://die-linke.de/partei/organe/parteitage/1_parteitag/beschluesse*

DISPUT – das Heft zum 1. Parteitag der Partei DIE LINKE am 24. und 25. Mai 2008 in Cottbus: Die Reden, die Beschlüsse, die Wahlen, die Debatten, die Gäste, die Bilder. Auslieferung ab 5. Juni 2008. Stückpreis voraussichtlich 2,50 Euro (Abonnenten des DISPUT erhalten die Ausgabe im Rahmen ihres Abos). Bestellungen über:
DIE LINKE. Oder-Spree, Kreisgeschäftsstelle, Schloßstraße 7, 15517 Fürstenwalde, Tel. (0 33 61) 3 30 69, *kontakt@linke-oder-spree.de*

Als Delegierte aus Oder-Spree auf dem 1. Parteitag der LINKEN

Erwartungen erfüllt?

Ich kann nicht sagen, dass ich voller Enthusiasmus nach Cottbus gefahren bin, kam die Delegierung doch recht überraschend für mich. Mir war klar, dass es zwei anstrengende Tage auf dem 1. Parteitag der LINKEN werden würden. Das hat sich bestätigt.

Zuerst wurde der gerade beschlossene Zeitplan gründlich über den Haufen geworfen. Eine heiße Debatte war darum entbrannt, ob man per TED oder traditionell mit Wahlzettel den Parteivorstand wählen sollte. Das raubte Zeit, die dann nicht für die Diskussionen um Inhalte zur Verfügung stand. Wir verständigten uns vernünftigerweise auf die elektronische Variante. Wider Erwarten klappte das. Das Drama vom Gründungsparteitag wiederholte sich hier „Gott sei Dank“ nicht.

Die Antragskommission sah sich danach bei der Behandlung der Anträge zum Leitantrag erheblichem Diskussionsbedarf ausgesetzt. Ständiges Aufrufen der Änderungsanträge, ihre Begründungen, Für- und Widerrede, das Nichteinhalten der Redezeiten, Abstimmen – bei Notwendigkeit auch Auszählen der Stimmergebnisse – und danach das Bekanntgeben der Annahme oder Ablehnung des jeweiligen Antrages ließen mich manchmal die Übersicht verlieren. Nach dreistündiger Verspätung hatten wir es geschafft, den nunmehr vorliegenden Leitantrag zu beschließen.

Wie das manchmal auch im „Kleinen“ an der Basis nach zu vollziehen ist, eignen sich Parteitage, auf denen Wahlen anstehen, nicht, eine umfassende inhaltliche Debatte zu führen – die ohne Zweifel dringend notwendig ist. Das ist keine angenehme Erfahrung, wie auch einige andere Delegierte, vor allem die aus Hamburg, frustriert zur Kenntnis nehmen mussten. Aber es wird in den nächsten zwei Jahren dazu Parteitage geben müssen, auf die ich sehr gespannt bin.

Die Grundsatzreden, gehalten von Lothar Bisky, Oskar Lafontaine und Gregor Gisy, hatten mir jede für sich wichtige Aspekte unserer Partei deutlich gemacht. Jeder hat ein Bild vermittelt, dass Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Sichtweisen deutlich macht. Auf alle Fälle bin ich überzeugt, dass uns noch ein langer Weg bevorsteht, zu einer Partei zusammen zu wachsen. So bemerkte Gregor Gisy zurecht: „Wir haben uns zwar vereinigt, aber eins sind wir noch lange nicht.“ Wir müssen lernen, Diskussionen ohne Wenn und Aber zuzulassen, ohne sich gegenseitig gleich Sektierertum vorzuwerfen. Wichtig ist, dass wir Konsens im „Was“ haben, um uns dann über das „Wie“ auseinandersetzen zu können.

Zum Schluss noch eine Bemerkung zu den Wahlen an sich. Aufgrund der großen Anzahl mir bis zu ihrer Vorstellung unbekannter KandidatInnen für den Parteivorstand hoffe ich, den „Richtigen“ meine Stimme gegeben zu haben. Die Entscheidungen waren nicht einfach.

Meine Erwartungen haben sich erfüllt.

Ursula Paape, Erkner

Genmaisanbau in Brandenburg – Tendenz steigend

Wenn der Mensch Gott spielt ...

Seit Jahren werden in Brandenburg genetisch veränderte Pflanzen angebaut. Genetisch verändert nicht im Sinne der Evolution – nur durch Mutationen entwickelt sich Leben weiter und entstehen Züchtungen. Aber der Mensch verändert seit geraumer Zeit bewusst mit technischer Hilfe das Erbgut von Pflanzen. Die Folgen dieser massiven Eingriffe in die Natur sind heute noch nicht abzusehen. Trotzdem ist Brandenburg bundesweit Spitzenreiter beim Anbau von Genmais – dem so genannten MON 810. Fast 2 000 Hektar Anbaufläche gibt es mittlerweile in unserem Land – Tendenz steigend.

Dabei warnen etliche Umweltverbände vor diesem Mais: Die Genmaispollen sind für manche Insektenarten giftig und es kann vor allem bei Schmetterlingen zu erheblichen Schädigungen kommen, wodurch auch deren Lebensgemeinschaften beeinträchtigt werden. Auch produziert der transgene Mais das so genannte Bt-Toxin, welches sich negativ auf die Flora und Fauna auswirkt. Zu Recht hat die Landesregierung deshalb eine besondere Abstandsregelung für die Anbaugebiete von Genmais zu Naturschutzgebieten erlassen. Nur: was aber beim Abstand zu Naturschutzgebieten gilt, trifft auch in allen anderen Fällen zu.

In Frankreich ist seit 2007 der Anbau unter Anwendung entsprechender EU-Vorschriften und Hinweis auf fortbestehende Risiken untersagt. Gleiches soll auch Brandenburg gegenüber dem Bund fordern und durchsetzen. Die von der Bundesregierung erlassenen Sicherheitsabstände von 150 bzw. 300 Metern reichen nicht aus, um die gentechnikfreie Landwirtschaft zu schützen. Wenn Umweltminister Dietmar Woidke seine mehrfach geäußerten Bedenken gegenüber dem Genmais glaubhaft machen möchte, muss er jetzt handeln. Darum hat die Fraktion DIE LINKE für die Landtagssitzung Ende Mai einen Antrag zu dem Thema eingebracht.
Unsere zentralen Forderungen sind:

- Aufklärung der Bevölkerung über die Situation hinsichtlich Import, Verkauf und Freisetzung von gentechnisch verändertem Mais bzw. dessen Saatgut
- Schutz vor den Gefahren durch transgenen Mais, insbesondere durch die strikte Anwendung der bisherigen Möglichkeiten (z. B. Untersagung der Freisetzung)
- Das Hinwirken auf ein Verbot der Maissorte MON 810.

Peer Jürgens, Mitglied des Landtags, Erkner, kandidiert zur Kommunalwahl am 28. 9. 08 für den Kreistag LOS und die SVV Erkner

Monsanto

Mit verdrehten Genen
vielleicht erfand der Konzern
diese bestimmte Maissorte
nur um das Wachstum
der Weltbevölkerung
zu stoppen?

Wenn davon künftig
Menschen unfruchtbar werden
und nicht nur die gefütterten Schweine
würde sich die Menschheit
schnell reduzieren lassen!

Für solche ökologische Wohltat
lohnt es sich schon
störende Leute herauszukanten
aus Zulassungsbehörden
im Netzwerk treuer Vasallen
auch mißliebige Journalisten
und ihre Sendungen kaltzustellen

Bis Monsanto
Land für Land
die Agrarminister selbst nominiert
und die eigenen Gesetze beschließt
ist es dann nur noch
ein kleiner Schritt

Ihre Rechtsanwälte
bekommen das schon hin

Marko Ferst, 2/2008
www.umweltdebatte.de

Landesregierung zur EU-Förderpolitik in Brandenburg von 2007 bis 2013

Trotz Erfolg – Aufgaben im Blick behalten!

Natürlich ist es gerade in der Europawoche wichtig, die Unterstützung der europäischen Staatengemeinschaft für die Entwicklung Brandenburgs hervorzuheben. Mit nicht geringen Mitteln wurde seit 1990 der Angleichungsprozess in Brandenburg erheblich gefördert.

Aber mit der Freude über das Erreichte sollten nicht die Probleme und künftigen Aufgaben aus dem Blick geraten:

- Mit der Entscheidung über die Einteilung des Landes in zwei administratativ-territoriale Einheiten hat sich die Landesregierung 2002 in den eigenen Finger geschnitten. Unsere Fördermöglichkeiten wären jetzt andere, wären damals nicht über Nacht Fakten geschaffen worden, die man später nicht mehr zurücknehmen konnte. Dabei geht es nicht nur um die Förderhöhe, sondern auch darum, dass die Mittel wegen der zwei Fördergebiete heute nicht mehr variabel in beiden Regionen eingesetzt werden können.
- Die Förderperiode 2007–2013 und damit die Genehmigung von Programmen hätte vor 16 Monaten beginnen sollen. Aufgrund von Verzögerungen wurde lange Zeit nicht ein Cent bewilligt, geschweige denn ausgezahlt. Die Ursachen liegen nicht nur beim Bund, bei der Europäischen Kommission oder den Partnern in Polen, sondern auch in Potsdam! Die heute verkündeten Erfolgszahlen geben nur die Hälfte der Wahrheit wieder, denn sie umfassen offensichtlich Projekte, die sowohl aus neuen Mitteln als auch Mitteln der vorhergehenden Periode gefördert wurden.
- Es ist gut, dass die Landesregierung über die Zeit ab 2014 nachdenkt.

Nur sollte sich dies nicht nur auf Beamtenstuben beschränken.

Gerade mit Blick auf die Ausgestaltung der Oder-Partnerschaft – bekanntlich ein Referenzprojekt der Landesregierung – steht die Frage, wie Mittel aus verschiedenen Programmen sinnvoll zusammengeführt werden können, um dieses Projekt voranzubringen. Darauf wurden wir beim Besuch des Europaausschusses in der Woiwodschaft Lebus (poln. Województwo lubuskie) auch von den Mitgliedern des Sejmik aufmerksam gemacht.

Gerlinde Stobrawa, Vizepräsidentin des Brandenburger Landtages, kandidiert zur Kommunalwahl am 28. 9. 2008 erneut als ehrenamtliche Bürgermeisterin in Bad Saarow

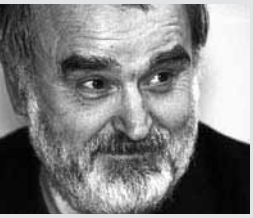
Gerlinde Stobrawa

Vizepräsidentin des Brandenburger Landtages, Fraktion DIE LINKE, Stellv. Vorsitzende des Ausschusses für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik; ehrenamtliche Bürgermeisterin in Bad Saarow

Kontakt: vizepraesidentin@landtag.brandenburg.de

Dr. Artur Pech aus Schöneiche kandidiert erneut zur Kommunalwahl 2008

Aus der Arbeit eines Abgeordneten



Dr. Artur Pech

Schöneiche
60 Jahre, verh.
Kfz-Schlosser,
Dr. sc. phil., Unternehmensberater

seit 1993 Mitgliede der Gemeindevertretung Schöneiche, Fraktion DIE LINKE

Mitglied des Kreistages Oder-Spree seit 1998, Fraktion DIE LINKE, Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses,
Kontakt:
A.Pech@t-online.de

Es sind vielfältige Themen, mit denen ein Abgeordneter konfrontiert ist. Einige hat er selbst ausgewählt, andere werden an ihn herangetragen, aber alle ergeben sich aus politischen Auseinandersetzungen in Gemeinde oder Landkreis. Nach 15 Jahren in der Gemeindevertretung und 10 Jahren im Kreistag kommt da einiges zusammen. Da eine vollständige Aufzählung nicht möglich ist, will ich auf einige Probleme eingehen, mit denen ich aktuell zu tun hatte, die mich aber zugleich seit mehreren Wahlperioden begleiten.

Die Schülerbeförderung

Kurz vor dem Ende der vorigen Wahlperiode wurden die Landkreise von der Landesregierung gezwungen, Gebühren für die Schülerbeförderung einzuführen. Die Kreisverwaltung wollte Gebühren in einer Höhe fordern, die jegliches soziales Gespür vermissen ließen. Damals habe ich eine Initiative des Finanzausschusses initiiert, mit der die Beteiligung der Eltern auf 50 € begrenzt werden sollte. Unter dem Druck der Verwaltung kam im Kreistag dann ein Wert von 100 € zustande. Kein großer Erfolg, aber immerhin weniger als die Hälfte des ursprünglich Geforderten. Jetzt hat die Landesregierung die Möglichkeit eingeräumt, auf die Elternbeteiligung wieder zu verzichten. Die Kreisverwaltung hat sich bisher vehement dagegen gesträubt. Und wieder habe ich im Finanzausschuss eine fraktionsübergreifende Initiative initiiert, um wieder Gebührenfreiheit einzuführen. (Fast) Alle Abgeordnete des Kreistages sollen die Möglichkeit haben, sich diesem Beschlussantrag anzuschließen (siehe unten). Der Kreistag im Juni wird hier eine Entscheidung bringen.

Beschlussantrag zur Sitzung des Kreistages am 25. 6. 2008

Änderungssatzung zur Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Schülerbeförderung

Die vom Kreistag des Landkreises Oder-Spree beschlossene Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Schülerbeförderung wird wie folgt geändert:

§ 5 Eigenanteilspflicht der Personensorgeberechtigten oder der Unterhaltspflichtigen der volljährigen Schülerinnen, Schüler und Auszubildenden Höhe des Eigenanteils – **wird gestrichen**

§ 6 Fälligkeit der Eigenanteile und Verfahrensweise – **wird gestrichen**

Diese Veränderung tritt zum Beginn des Schuljahres 2008/2009 in Kraft. Die bereits bearbeiteten Anträge behalten ihre Gültigkeit. Auf eine Erhebung der bereits festgesetzten Eigenanteile wird ab dem Beginn des Schuljahres 2008/2009 verzichtet.

Begründung:
Durch das Land wurde den Landkreisen ein Verzicht auf die Beteiligung der Eltern an den Kosten der Schülerbeförderung freigestellt. Andere Landkreise haben von dieser Möglichkeit bereits Gebrauch gemacht. Die weiterzuführende Auseinandersetzung mit dem Land über die Finanzierung der Schülerbeförderung darf nicht zu Lasten der Schülerinnen und Schüler und der Auszubildenden gehen. Wenn eine solche Veränderung zum Beginn des Schuljahres 2008/2009 auch im Landkreis Oder-Spree wirksam werden soll, muss eine Beschlussfassung in der Sitzung des Kreistages im Juni erfolgen. Die Regelung enthält einen minimalen zusätzlichen Verwaltungsaufwand und ist in der verbleibenden Zeit realisierbar.

Der Antifaschismus

Die Gemeinde Schöneiche hat seit dem 50. Jahrestag der Befreiung einen „Platz des 8. Mai 1945 – Tag der Befreiung“. Meinen entsprechenden Vorschlag hatte die Gemeindevertretung 1995 ohne Kontroversen beschlossen. Es ist für mich sehr wertvoll, dass sich jährlich Bürger von Schöneiche, der Bürgermeister und Gemeindevertreter auf diesem Platz versammeln, um der im Kampf um die Befreiung Deutschlands vom Faschismus Gefallenen zu gedenken. Aber auch neonazistische Aktivitäten nehmen in der Gemeinde zu. Und die Verharmlosung aktiver Nazis gehört in manchen Kreisen schon zum guten Ton. Jüngstes Beispiel ist die Auseinandersetzung um Felix Havenstein. Dieser aktive Nazi war an der geistigen Vorbereitung der SS auf den Massenmord beteiligt und zugleich Heimatforscher und Heimatschriftsteller. Und er pflegte einen extrem pragmatischen Umgang mit der Wahrheit. Um 1938 hob er in einem Lebenslauf für die „Reichsschrifttumskammer“ hervor, er sei schon vor 1933 jahrelang „geheimes“ Mitglied der NSDAP gewesen. In seinem Lebenslauf für den Antifa-Ausschuss von Schöneiche nach 1945 fand sich dagegen eine ziemliche Räuberpistole. Danach wurde er 1933 ohne sein Wissen auf die Mitgliederliste gesetzt und wollte davon erst 1938 erfahren haben. Gerade vor diesem Hintergrund ist es eine ziemliche Unverfrorenheit, wenn Havenstein zum harmlosen Mitläufer erklärt und zur endgültigen Reinwaschung das auf Lügen gegründete Verfahren vor dem Antifa-Ausschuss in Schöneiche angeführt wird. Meine Forderung, die Ehrung für diesen Nazi und schriftstellerischen Antisemiten zu beenden, hat mir eine herzliche Feindschaft eingetragen. Der Tenor entsprechender Veröffentlichungen ist: Was tut’s, dass Havenstein ein Nazi war – er war schließlich auch verdienstvoller Heimatforscher. Aus der DDR kommende Kommunisten haben zu schweigen, wenn Nazis geehrt werden. Diesen Gefallen werde ich denen, die mit den alten und neuen Nazis mindestens ihren Antikommunismus gemeinsam haben, nicht tun.

Die Verarmungsbarbarei

Seit der Einführung von „Hartz IV“ und der Installierung einer kreiseigenen Verwaltung für Langzeitarbeitslose (Optionsmodell genannt) fiel mir in der Kreistagsfraktion die Bearbeitung dieses Aufgabenbereiches zu.
Im Gegensatz zu manchen ziemlich blauäugigen Wertungen bin ich hier zu der Überzeugung gekommen: Hartz IV war für seinen Erfinder und die Interessen seiner Auftraggeber ein voller Erfolg. Die Profite sind seither ebenso explodiert, wie die Armut zugenommen hat. Das ist eine ziemlich brutale Illustration des Reims: Armer Mann und reicher Mann standen da und sah’n sich an. Und der Arme sagte bleich: Währ’ ich nicht arm, wärst du nicht reich. Die anfänglichen Auseinandersetzungen um das Optionsmodell im Landkreis hat die Zeit entschieden: Hier ist die Lage nicht besser, als andernorts. Es hat für die Kreisverwaltung viele Vorteile, die Langzeitarbeitslosigkeit selber zu verwalten. Für die Betroffenen ist es gleichgültig, von wem ihre Arbeitslosigkeit verwaltet wird. Ein jüngstes Beispiel für die Verdummungspolitik in diesem Zusammenhang ist das vom Bund aufgelegte Förderprogramm „Kommunal-Kombi“. Damit sollten angeblich 1200 Menschen im

Landkreis in Arbeit oberhalb der Armutsgrenze gebracht werden. Deshalb hatte auch ich mich dafür engagiert. Dann kam aber ans Licht: Eigentlich kommt im Landkreis niemand für dieses Förderprogramm in Frage. Denn wer damit beschäftigt werden soll, der muss 2 Jahre arbeitslos sein. Und er darf in dieser Zeit keine „Maßnahme“ – wie ABM, 1-Euro-Job oder ähnliches gehabt haben. Nach diesen Bedingungen bleibt kaum einer übrig. Und die Erfinder haben es gewusst.

Bürokratieabbau

In dieser Wahlperiode sollte in Schöneiche eine „Stellplatz-Satzung“ verabschiedet werden. Unter den Bedingungen dieser Flächengemeinde handelt es sich dabei um eine bürokratische Eskapade. Denn damit können Eigenheimbauer und andere zwar gezwungen werden, mit ihrem Bau Stellplätze zu schaffen, oder dafür zu zahlen. Sie können aber nicht dazu gezwungen werden, diese Stellplätze dann auch zu benutzen. Die Lösung über Parkverbote wurde abgelehnt. Entsprechend sah es in Teilen des Ortes auch aus. Meine Argumentation stieß zunächst – wie so oft – auf taube Ohren. Die Gemeindevertretung fasste einen entsprechenden Beschluss. Der wurde dann von der Kommunalaufsicht bemängelt. Die Gemeindeverwaltung wollte „nachbessern“ und zog eine Begründung an den Haaren herbei. In der folgenden Sitzung konnte ich nur feststellen, dass der ganze Vorgang überflüssig war wie ein Kropf. Die „nachgebesserte“ Satzung fand dann keine Mehrheit mehr. Heute finden sich nun Flugblätter der CDU in Schöneicher Briefkästen, in denen sie sich das Scheitern dieser Satzung an die Fahne heftet. Lassen wir es dabei.
Diese Aufzählung ist sehr unvollständig. Sie verdeutlicht dennoch mein kommunalpolitisches Engagement in den vergangenen 15 Jahren. Ich erwarte bis zur Wahl im September durchaus noch antikommunistische Angriffe, um einen unbequemen Abgeordneten loszuwerden. Wer in der Sache nichts Überzeugendes vorzutragen hat, dem bleibt kein anderer Weg. Meine DDR-Biografie führte das Kind von Landarbeitern und Neubauern vom Facharbeiter über den Fachlehrer und Diplomgesellschaftswissenschafter bis zu den höchsten akademischen Abschlüssen. Mein Berufsleben begann nach dem Abitur mit der Einberufung zum Wehrdienst. Drei Tage vor dem Ende der DDR habe ich diesen Lebensabschnitt beendet. Seither vermarkte ich, was ich in der DDR gelernt habe. Ich bewerbe mich für die Gemeindevertretung in Schöneiche und für den Kreistag. Wer meine Positionen unterstützt, den bitte ich um seine Stimme. Ich werde in Zukunft genauso beharrlich die genannten Positionen vertreten – wie in der Vergangenheit.

Dr. sc. phil. Artur Pech, Schöneiche

Kreistagswahl 2008 im Landkreis Oder-Spree

Für demokratische Kontrolle des Energiesektors

Zur Kommunalwahl 2008 bewerbe ich mich für den Kreistag LOS. Im Folgenden einige grundsätzliche Gedanken zu meiner politischen Einstellung und meinen Schwerpunkten.

Links bedeutet für mich der Blick nach vorne.

Der Blick nach vorne heißt, aus der Vergangenheit und unserer Geschichte zu lernen. Dies bedeutet, Nazis und andere rechte Rattenfänger im Kostüm des Biedermanns zu entlarven und zu bekämpfen, dass die braune Vergangenheit keine Zukunft in unserem Land und unserem Landkreis hat.

Dies bedeutet aber auch, aus den Fehlern vorangegangener sozialistischer Experimente zu lernen und es in Zukunft anders und besser zu machen. Demokratie braucht Sozialismus und Sozialismus braucht Demokratie. Auch auf Kreisebene bedeutet dies, für eine neue, faire Gesellschaft zu kämpfen und dem Neoliberalismus und all seinen Auswüchsen Einhalt zu gebieten.

Der Zustand auch unseres Landkreises wird in Zukunft maßgeblich von der Energiefrage beeinflusst. Links bedeutet für mich maximale demokratische und nicht gewinnorientierte Kontrolle über den gesamten Energiesektor, massiver Ausbau aller erneuerbarer Energiequellen sowie massive Energieeinsparung und konsequenter Abbau aller Energiequellen aus endlichen, fossilen Brennstoffen sowie aus Atomkraft. Gerade beweisen uns die explodierenden Öl- und Gaspreise, wie verwundbar und abhängig unsere Volkswirtschaft und jeder Einzelne von uns vom Energiemarkt ist. Die „große“ Politik und die Energiekonzerne fördern weiterhin Kohledreckschleudern und Atomkraft, ungeachtet der Risiken für unsere und künftige Generationen, z. B. durch den Klimawandel und 100 000 Jahre lang strahlende Plutoniumabfälle. Deutschland ist erneuerbar – viel schneller als es uns die Propaganda aus Politik, Medien und Energieversorgern glauben machen will.

Schon heute werden in Deutschland, unserem reichen Land, jährlich 800 000 Haushalte ganz oder zeitweise von der Stromversorgung abgeschaltet. Das geschieht auch in unserem Kreis. Zukünftig wird dies noch viel mehr Menschen betreffen, da die Kosten für fossile Brennstoffe unweigerlich steigen werden.

Links bedeutet für mich nie mehr Kriege um Energiequellen.

Unser Landkreis kann bis 2030 erneuerbar sein, wenn wir nur wollen. Dieses Ziel haben sich auch sechs bayrische Landkreise und das gesamte Bundesland Schleswig-Holstein gesetzt. Was die können, schaffen wir in Oder-Spree schon lange. Dafür werde ich kämpfen und mich einsetzen. Links bedeutet für mich saubere Energie im Überfluss für alle – weltweit, links bedeutet für mich Energie aus Wind, Wasser, Sonne, Biomasse (mit Einschränkungen), Erdwärme und Geothermie, Links bedeutet für mich nie mehr Kriege um Energiequellen. Lasst uns beginnen. Wir haben nicht mehr viel Zeit.

Rolf Yasnikovski

Rolf Yasnikovski

geb. 1964 in Waiblingen (Baden-Württemberg), verheiratet, zwei Kinder

Diplom-Betriebswirt (BA), selbständiger Berater im Bereich erneuerbare Energien

seit Mai 2005 Mitglied der Linkspartei. PDS/ DIE LINKE

wohnt im Glockenblumenweg 6 in 15566 Schöneiche

DIE RENTE
DIE LINKE.
www.die-rente-die-linke.de

Regierung plündert Rentenkasse

Jahrzehntelang funktionierte die gesetzliche Rente ziemlich gut.

Foto: KDH

Die drastische Warnung der Berliner AG Betrieb & Gewerkschaft der LINKEN im Demonstrationszug am 1. Mai fiel auf: „Rente mit 67 ist Betrug und kann tödlich sein!“ Foto: KDH

Das Rezept: Während des Berufslebens zahlen Beschäftigte und Arbeitgeber in die Rentenkasse ein. Aus ihr werden die Renten der heutigen Ruheständler bezahlt. Die jeweils erwerbstätige Generation finanziert also die Renten der älteren Generation. Und die Renten folgten der Lohnentwicklung: Stiegen die Löhne, stieg auch die Rente. So wurden auch Ruheständler am wachsenden Wohlstand in Deutschland beteiligt, Altersarmut war weitgehend unbekannt.

Mit Kanzler Schröder (SPD) fing das Elend an: Seine Regierung schuf einen Niedriglohnsektor und propagierte schlecht bezahlte Mini- und Midi-Jobs. Die Folge: Die Einnahmen der Rentenkasse brachen ein. Doch statt Medizin gab es weiteres Gift: Die Regierung entkoppelte die Rente von der Entwicklung der Löhne und der Gesamtwirtschaft. Im Klartext: Während Konzerne und Banken auch dank Unternehmensteuerreform jährlich Milliarden Euro einstrichen, leidet die Sozialversicherung.

Die Rentenreformen 2001 und 2004 verschlimmerten die Situation für die Versicherten: Die Regierung beharrte darauf, dass die Beitragssätze für die Rentenkasse nicht steigen, wovon vor allem die Unternehmen profitieren. Denn die Regierung aus SPD und Grünen forderte die Beschäftigten gleichzeitig auf, privat für das Alter vorzusorgen. Die Riester-Rente wurde eingeführt, die die Arbeitnehmer alleine aufbringen müssen: Das Ende einer solidarischen Sozialversicherung, für die Beschäftigte und ihre Chefs zu gleichen Teilen aufkommen.

Dieser Wahnsinn hat Methode:

Die Regierung Merkel (CDU) gibt es offen zu: „Ziel ist eine flächendeckende Verbreitung der kapitalgedeckten Zusatzversicherung.“ Das freut die Versicherungsindustrie, die fette Profite einstreicht. Die Zeche zahlen vor allem junge Menschen: Sie berappen die private Altersvorsorge alleine – und bei relativ stabilen Rentenbeiträgen erhalten sie im Ruhestand eine geringere Nettorente.

Kommentar

Jung und Alt müssen gemeinsam kämpfen

Echte Rentenerhöhungen sind möglich. Dazu müssen die Löhne und Gehälter steigen. Sichere Arbeitsplätze, gute Löhne und eine intakte Rentenformel führen zu guten Renten. Deshalb müssen die Generationen zusammen für ein besseres Leben kämpfen.

Wer 1971 im Westen Deutschlands mit 65 Jahren in Rente ging und zunächst 500 Mark bezog, freute sich 1991 mit 85 über eine Verdreifachung seiner Rente. Die Renten stiegen damals mit den Löhnen, weil die Gewerkschaften satte Lohnsteigerungen erkämpften. Dadurch stiegen die Einnahmen der Rentenkasse.

Die Regierung Schröder (SPD) und Fischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) hat mit diesem Prinzip gebrochen und die Rentenformel so geändert, dass die Nettorenten sinken. Die CDU setzt das fort. Seitdem wird Rentenpolitik nach Gutsherrenart gemacht – zu Lasten der Seniorinnen und Senioren.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Rentnerinnen und Rentner – das sind keine Generationen, die einander ausplündern. Sie sind Verbündete im Kampf für ein besseres Leben, gegen Reiche und Vermögende.

Lothar Nachtigall, Fürstenwalde
kandidiert zur Kommunalwahl am 28. 9. 2008 erneut für den Kreistag Oder-Spree und die SVV Fürstenwalde

Das will DIE LINKE

Lebensstandard sichern, Altersarmut verhindern – das sind die Ziele der Renten-Kampagne der LINKEN. Hier die zentralen Punkte:

- **Die Rentenformel reparieren.** Insbesondere müssen alle Kürzungsfaktoren rückgängig gemacht werden. Die Bundesregierung geht davon aus, dass bis 2030 28 Prozent vom Lohn für die Altersvorsorge aufgebracht werden müssen. Bei der Finanzierung werden die Unternehmer geschont: Sie sollen nur 11 Prozent zahlen. Die Beschäftigten aber müssen 17 Prozent löhnen: 11 Prozent Beitrag zur Rente plus 6 Prozent für die Privatvorsorge. DIE LINKE will das gerechter gestalten: Unternehmer und Beschäftigte sollen in Stufen bis 2030 jeweils 14 Prozent einzahlen. Beschäftigte zahlen also drei Prozent weniger als bisher, die Bosse drei Prozent mehr.
- **Versicherung für alle Erwerbstätigen einführen.** In diese Versicherung sollen alle Berufsgruppen – auch Selbständige – einzahlen. Dadurch verbreitern sich die Beitragszahlungen.
- **Nein zur Rente mit 67.** DIE LINKE ist die einzige Partei, die die Lebensarbeitszeit nicht verlängern will. Mehr noch: Aus gesundheitlichen Gründen müssen Beschäftigte mit 60 Jahren in Rente gehen können, ohne Renten-Abschläge hinnehmen zu müssen.
- **Grundsicherung verbessern.** Die Beitragszeiten mit niedrigen Löhnen müssen aufgewertet werden, um das Risiko zu verringern, im Alter auf Grundsicherung angewiesen zu sein. Die Grundsicherung muss erhöht, die Bezugsbedingungen müssen menschwürdig gestaltet werden.
- **Ostrenten angleichen.** Der Rentenwert Ost muss zügig an den Rentenwert West angeglichen werden. Bestehende Ungerechtigkeiten bei der Rentenüberleitung müssen abgeschafft werden.

Mehr zum Thema Rente unter *www.die-rente-die-linke.de/gute_rente*

Eine Frage der Verteilung

In der aktuellen Rentendebatte geht es darum, wie gesellschaftlicher Reichtum verteilt wird

Die deutsche Gesellschaft erlebt einen demografischen Wandel. Vor 100 Jahren betrug der Altersquotient (das Verhältnis von Jung zu Alt) noch zwölf zu eins. In 20 Jahren kommen voraussichtlich nur noch zwei Erwerbsfähige auf einen Über-65-Jährigen. Gemerkt hat das in der Vergangenheit niemand: Der Sozialstaat, darunter auch die Rentenversicherung, wurde in der Nachkriegszeit auf beispielhafte Weise ausgebaut.

Das Geheimnis: Die Produktivität stieg und glich den Demografie-Effekt mehr als aus. Jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer produzierte von Jahr zu Jahr mehr Produkte und Werte, obwohl die Arbeitszeit sank. In den 1960er Jahren beispielsweise stieg die Produktivität um mehr als 50 Prozent. Dass sich gleichzeitig der Altersquotient veränderte, fiel dadurch nicht ins Gewicht.

Zukünftig wird die Produktivität voraussichtlich deutlich geringer steigen als in der Vergangenheit. Trotzdem kann der demografische Wandel aufgefangen werden: 2006 wurden im Durchschnitt je Einwohnerin und Einwohner fast 28 000 Euro Reichtum produziert. Professor Bert Rürup, Deutschlands neoliberaler Renten-Papst, kalkuliert mit einer Produktivitätssteigerung von 1,8 Prozent pro Jahr. Seinen Berechnungen zufolge stiege der erarbeitete Reichtum pro Kopf (vom Baby bis zur Greisin) auf 38 150 Euro im Jahr 2030. Etwa ein Drittel mehr als 2006.

Der wirtschaftliche Erfolg, der aus der gestiegenen Produktivität resultiert, schlägt sich zunächst in der Kasse des Unternehmers nieder: Er erzielt höhere Gewinne. Erst wenn Löhne und Gehälter steigen, kommen die Produktivitätsgewinne im Portemonnaie der Beschäftigen an. Diese hätten, bezogen auf die gestiegene Produktivität, in den letzten zehn Jahren um zehn Prozent mehr steigen müssen, um Verteilungsneutralität herzustellen.

Verteilungsneutralität bedeutet, dass sich Löhne und Gehälter entsprechend der Produktivitätssteigerung und der Preissteigerungsrate erhöhen. Gelingt dies in Zukunft, könnten die Beitragssätze zur Rentenversicherung steigen. Dann würden Arbeitnehmerinnen und Rentner davon profitieren, dass die Leistungsfähigkeit der Arbeit wächst.

Wie der produzierte Reichtum verteilt wird, ist stets ein gesellschaftlicher Konflikt. Diejenigen, die auf den demografischen Wandel verweisen, um Rentenkürzungen zu rechtfertigen, kaschieren diesen Konflikt. In Frankreich, Italien, selbst Österreich haben Gewerkschaften diesen Verteilungskampf für sich entschieden und Rentenkürzungen verhindert. In Deutschland richtet sich dieser Kampf gegen die Rente mit 67, für die Wiederherstellung der bewährten Rentenformel und für höhere Löhne und Gehälter.

Martin Gollmer, Fürstenwalde, kandidiert erneut zur Kommunalwahl für Kreistag LOS und SVV Fürstenwalde

Foto: KDH

Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter forderten bei den Demonstrationen am 1. Mai 2008, zum Beispiel in Berlin (Foto), in vielfältiger Form „Gute Arbeit, Gute Löhne, Gute Rente“. Die Vorschläge der LINKEN zur Rentenpolitik fanden Interesse und Zustimmung.

Große Koalition kann nicht machen, was sie will

Angst stoppt Diätenerhöhung

SPD und CDU haben, nachdem sie in zwei Lesungen im Deutschen Bundestag die geplante Diätenerhöhung als „angemessen“ verteidigt haben, diese mit sofortiger Wirkung gestoppt. Auch die Bundesregierung hat ihre geplante Erhöhung der Bezüge gestoppt. Und – das darf man nicht vergessen – es geht nicht nur um den aktuellen Salär, sondern immer auch um Pensionen und Rentenansprüche, die Parlamentarier und Regierungsmitglieder automatisch erwerben.

Neben der obligatorischen Angst vor der LINKEN war es dieses Mal auch die Angst vor einer aufgebrachten Bevölkerung, die die Koalition die dreiste und verlogene Diätenerhöhung hat stoppen lassen – dessen bin ich mir sicher. War doch die Medienschelte nicht nur von der Zeitung mit den großen Buchstaben geharnischt. Und auch ich habe vielen Mails und Briefen aus dem Wahlkreis den Unmut über die Selbstbedienung der Bundestagsabgeordneten gespürt. Aber auch Zustimmung und Unterstützung für den Umgang der LINKEN mit der Diätenerhöhung. Ablehnung im Bundestag und sofortige Weitergabe an soziale Vereine – so unsere Verabredung innerhalb der Fraktion, an die sich jeder linke Abgeordnete hält. (Unter *www.linksfraktion.de* gibt es hier immer eine aktuelle Darstellung der Spenden zu finden.)

Offenbar hat insbesondere die SPD nicht mit dem öffentlichen Druck durch die Bürgerinnen und Bürger gerechnet. Auch eine Große Koalition kann nicht machen, was sie will. Das Scheitern der Diätenerhöhung legt zugleich offen, dass eine grundlegende Reform der Abgeordnetenentschädigung überfällig ist. Dieses Projekt muss schnellstens angepackt werden. Privilegien wie die steuerfreie Kostenpauschale und die beitragsfreie Altersversorgung für Abgeordnete gehören auf den Prüfstand. DIE LINKE fordert, dass auch Abgeordnete künftig in die gesetzliche Rente einzahlen müssen. Bis eine umfassende, sozial gerechte Diätenreform unter Dach und Fach ist, darf es keine weiteren Diätenerhöhungen geben.

Aber auch die Union hat mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 kalte Füße bekommen. Die Aussetzung der Diätenanpassung ist eine erste richtige Konsequenz aus dem vorgestellten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Nun müssen weitere Schritte gegen die wachsende Armut in der Bevölkerung folgen. Das sind in erster Linie ein gesetzlicher Mindestlohn von mehr als 8 Euro, die Anhebung des Hartz-IV-Regelsatzes auf 435 Euro, eine Rentenerhöhung, die den Namen auch verdient, die Rücknahme der Kindergeldkürzung für 26- und 27-jährige und die Wiedereinführung der Pendlerpauschale ab dem 1. Kilometer.

DIE LINKE hat die Diätenanpassung von vornherein abgelehnt. Nachdem die Zustimmung zur Diätenerhöhung in der SPD bröckelt, traut die Union sich nicht mehr, die Diätenanpassung durchzupeitschen – oder hat gar die politische Vernunft gesiegt? *Lothar Bisky*

Lothar Bisky hat seine Diätenerhöhung u. a. gespendet

- an die Mädchenmannschaft des VSV Grün-Weiß Erkner 78
- an den Hort 2 in Fürstenwalde
- an das Venezuela-Projekt des SDS
- für zwei Teilnehmer aus LOS am Entwicklungshilfeprogramm „Weltwärts“ der Bundesregierung
- an die Caritas und PeWoBe in Frankfurt (Oder)
- an Katharina Troppenz aus Storkow zur Unterstützung ihres Freiwilligenjahres in Israel über Aktion „Sühnezeichen“.

lothar.bisky@wk.bundestag.de

Volksinitiative „Keine neuen Tagebaue – für eine zukunftsfähige Energiepolitik“

Ziel erreicht: **26 574 Unterschriften übergeben**

Fotos: Karl-Heinz Zeihe

Vor der Übergabe der Unterschriften

Die Volksinitiative „Keine neuen Tagebaue – für eine zukunftsfähige Energiepolitik“ hat am 15. Mai dem Landtagspräsidenten Gunter Fritsch 26 574 Unterschriften übergeben. Damit ist der Landtag am Zuge, sich zu der Initative zu positionieren.

VertreterInnen der Volksinitiative, der auch DIE LINKE angehört, brachten Fritsch gegenüber ihre Erwartung auf einen fairen Umgang des Landtags mit dem von so zahlreichen Brandenburgerinnen und Brandenburgern unterstützten Anliegen zum Ausdruck. Sie appellierten an die Fraktionen von SPD und CDU, den Mut zu einem Kurswechsel aufzubringen und sich von der klimafeindlichen und auf die Abbaggerung der Lausitz ausgerichteten Politik der Landesregierung abzuwenden. „Die Braunkohleverstromung ist ein Auslaufmodell, für das tragfähige Alternativen zur Verfügung stehen“, hieß es.

Die Volksinitiative hat einen Gesetzentwurf zum Verzicht auf den Ausschluss neuer Tagebaue zur Entscheidung vorgelegt. Sie setzt sich für den mittelfristigen, sozialverträglichen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung und die Entwicklung wirtschaftlicher Alternativen für die Lausitz ein. Das Bündnis hatte sich im Juli 2007 in Cottbus gegründet und im Oktober 2007 mit der Unterschriftensammlung begonnen. Seit ihrer Gründung hat die Volksinitiative kontinuierlich an Breite und Stärke gewonnen – ihr Anliegen erfuhr beispielsweise die Unterstützung von zwei Kreissynoden der evangelischen Kirche – und somit die Landesregierung unter immensen Zugzwang gesetzt. Zu den Organisatoren zählen u.a. BUND, NABU und Grüne Liga, Lacoma e. V., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE, Bauernbund, sorbische Dachverband Domowina in der Niederlausitz, sowie VertreterInnen der von der Abbaggerung bedrohten Orte.

Die nächsten Schritte obliegen nun dem Landtag. Nach einer Prüfung der Unterschriften durch den Landeswahlleiter müsse der Hauptausschuss über die formale Zulässigkeit der Volksinitiative befinden. Mit der Übergabe der Unterschriften setzt zugleich die viermonatige Frist ein, in der sich der Landtag zum Anliegen der Volksinitiative positionieren muss. Die Organisatoren der Volksinitiative haben sich bereits darauf verständigt, im Falle einer Ablehnung durch den Landtag ein Volksbegehren gegen neue Tagebaue ins Leben zu rufen.

Die energiepolitischen Herausforderungen der nächsten Jahre werden auch in Brandenburg so groß sein, dass sie ohne einen neuen gesellschaftlichen Konsens nicht zu lösen sind. Insofern ist es völlig unverständlich, dass die Landesregierung ihre Energiestrategie jetzt ohne einen öffentlichen Dialog beschlossen und sich offenbar mehr der Unternehmensplanung des schwedischen Staatskonzerns Vattenfall angepasst hat. Die Volksinitiative „Keine neuen Tagebaue“ hatte dieses Gespräch mit der Landesregierung wiederholt eingefordert – ohne Ergebnis.

Die Vertreter der Volksinitiative „Keine neuen Tagebaue – für eine zukunftsfähige Energiepolitik“ übergeben Landtagspräsidenten Gunter Fritsch 26 574 Unterschriften

Die jetzt vorliegende Energiestrategie 2020 der Landesregierung zeigt aus Sicht der LINKEN mehr Stillstand als Bewegung. Einer notwendigen Reduktion der CO_2-Emissionen als Hauptziel wird sie in keiner Weise gerecht. Das bisherige Reduktionsziel von 53 Mio. Tonnen energiebedingte CO_2-Emissionen wird um ganze 10 Jahre nach hinten verschoben.

DIE LINKE fordert deshalb den so genannten Plan B, falls die vorgesehene CCS-Technologie (Abscheidung des CO_2 aus den Rauchgasen der Braunkohlekraftwerke und die unterirdische Deponierung von CO_2) nicht rechtzeitig und großtechnisch zur Verfügung steht.

DIE LINKE steht für einen sozialverträglichen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung bis 2050. Damit muss ein Strukturwandel in der Lausitz einhergehen. Potentiale, die mittelfristig abseits der Braunkohleverstromung liegen, gilt es zu eruieren und zu fördern.

Stephan Wende, Vorsitzender DIE LINKE. Oder-Spree, kandidiert zur Kommunalwahl 2008 für den Kreistag Oder-Spree und die SVV Fürstenwalde

Die Volksinitiative stellte eine „Klimaaktie“ vor, die Brandenburger Bürgerinnen und Bürger aber auch Brandenburger Unternehmen gegen eine Spende von 25, 50, 100 oder 500 Euro „erwerben“ und so die weitere Arbeit des Bündnisses unterstützen können. Die Klimaaktien kann man beim Naturschutzbund Brandenburg im Haus der Natur in Potsdam bestellen.

Carolin Steinmetzer-Mann, Mitglied des Landtages Brandenburg, Fraktion DIE LINKE. erwarb die erste Klimaaktie.

Außerparlamentarischer Druck zwingt Regierungskoalition zum Einlenken

Sozialticket rückt in greifbare Nähe – Volksbegehren wird eingestellt

In Brandenburg wird es vom 1. September 2008 an ein Mobilitätsticket für Hartz-IV-Betroffene, Geringverdiener und Asylbewerber geben. Der Aufsichtsrat des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg (VBB) beschloss die Einführung der Monatskarte zum halben Preis. Verkehrsminister Reinhold Dellmann (SPD) kündigte an, das Land werde hierfür 2,3 Millionen Euro pro Jahr bereitstellen. Das Ticket wird zunächst für zwei Jahre eingeführt.

Nie zuvor wurde in Brandenburg eine Volksinitiative und jetzt das Volksbegehren von so vielen Organisationen, Gewerkschaften, Parteien und Sozialverbänden gemeinsam unterstützt. In einer Umfrage hatten sich 76 Prozent der Brandenburgerinnen und Brandenburger für ein Sozialticket ausgesprochen. Damit wuchs der Druck auf die Landesregierung. Im Januar 2008 wurde der Antrag der LINKEN, ein Sozialticket einzuführen, von SPD und CDU noch abgelehnt. Wenig später legte die SPD ein eigenes Modell für ein verbilligtes Ticket vor (Chronologie des Brandenburger Sozialtickets siehe „Widerspruch“, 5/2008).

Ein Schelm, der Wahlkampf dahinter vermutet.

Die Initiatoren des laufenden Volksbegehrens für ein Sozialticket begrüßten den Beschluss und sprachen sich für ein Ende der Unterschriftensammlung aus.

Wir finden es gut, dass nun Geringverdiener, Rentner mit kleinen Renten, Asylbewerber und Arbeitslosengeld-II-Empfänger so wie „Aufstocker“ mit einem Monatsfahrschein mobiler sein können. Besonders nützlich ist er natürlich für Menschen, die regelmäßig in der Region unterwegs sein müssen. Für einzelne Bewerbungs- und Vorstellungsgespräche, Arztbesuche und anderes hätten wir uns auch einen preisgünstigeren Einzelfahrschein gewünscht. Gerade wir, am Rand Berlins, wären richtig zufrieden, wenn sich Brandenburgs Regierung mit dem rot-roten Senat der Hauptstadt auf eine länderübergreifende Regelung zum Sozialtarif hätte einigen können.

Wir freuen uns also über einen Teilerfolg und fordern jetzt von der Landesregierung, dafür zu sorgen, dass alle weiteren Vorbereitungen für das Sozialticket reibungslos laufen, so dass alle Anspruchsberechtigten ab 1. September die öffentlichen Verkehrsmittel im Land tatsächlich zum halben Preis nutzen können.

Dr. Elvira Strauß, Erkner

Das **Mobilitätsticket** – auf diesen Begriff einigte sich die Regierungskoalition in Brandenburg – wird als **persönliche, gleitende Monatskarte** ausgegeben und gilt für bis zu drei Landkreise. **Der Preis beträgt 50 Prozent des regulären Kartenpreises.** Die Kosten werden dann von 17,50 Euro für eine AB-Monatskarte in Potsdam bis zu 64,20 Euro für drei Kreise reichen.

IG Metall-Aktionstruck am Montag, 9. Juni, 10–17 Uhr in Eisenhüttenstadt

Leiharbeit: **Sklaventum des 21. Jahrhunderts**

GLEICHE ARBEIT
GLEICHES GELD
Leiharbeit fair gestalten.

Zeit- oder Leiharbeitskräfte sind keine Beschäftigten zweiter Klasse. Mit dieser Botschaft startet die IG Metall ihre Kampagne „Gleiche Arbeit – Gleiches Geld“. Über hundert Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter, Betriebsräte und Gewerkschafter versammelten sich am 3. April zum Kampagnestart in Berlin. Der Aktionstruck macht nun auch im Oder-Spree-Kreis Station: am Montag, den 9. Juni 2008, 10–17 Uhr in Eisenhüttenstadt.

Und DIE LINKE. Oder-Spree macht natürlich mit. Die Leiharbeitsbranche boomt besorgniserregend. Mittlerweile arbeiten fast 800 000 Menschen bundesweit in Leiharbeit – und hübschen so die Arbeitslosenbilanz der Bundesregierung auf. Dabei sind viele der neuen Leiharbeitsplätze keine neuen Arbeitsplätze, sondern ersetzen bis dahin feste und geregelte Arbeitsverhältnisse. Und die Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter erhalten einen bis zu 50 Prozent geringeren Lohn, der oft nicht zum Leben reicht. Eine berufliche und persönliche Perspektive bietet diese Art von Beschäftigung den Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter im seltensten Fall. Insbesondere Alleinerziehende und Familien mit Kindern sind von der geforderten Flexibilität negativ betroffen.

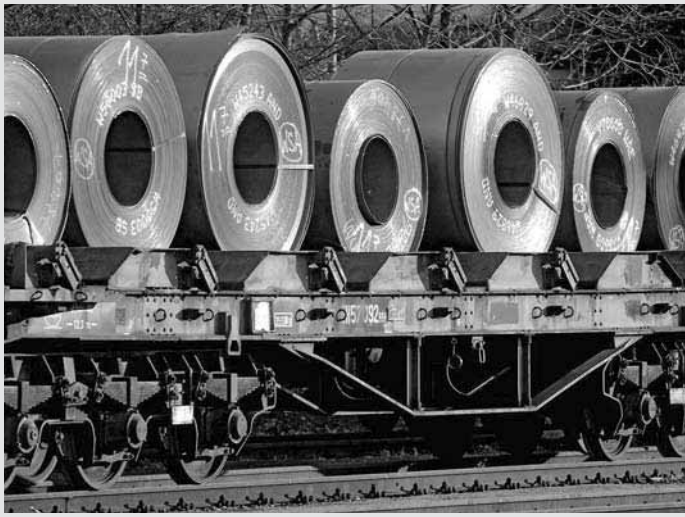
„Die Firmen haben sehr schnell erkannt, wenn auch nur eine geringe Anzahl von Zeitarbeitnehmern beschäftigt ist, dass das eine disziplinierende Wirkung auch auf die Stammbelegschaft hat. Die Stammbelegschaft hat sehr schnell festgestellt, dass die Zeitarbeitnehmer in kurzer Zeit genau das beherrschen, was sie auch beherrscht. Und diese sind weitaus billiger.“ so der Bundestagsabgeordnete Lothar Bisky, in seiner Unterstützungsbotschaft für die IG Metall.

DIE LINKE setzt sich für eine sozial gerechte Regulierung der Leiharbeit und bessere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten dieser Branche ein und fordert:

- gleicher Lohn für gleiche Arbeit,
- Begrenzung der Überlassungshöchstdauer auf 6 Monate,
- mehr Mitbestimmung für Betriebsräte über den Einsatz von Leiharbeit,
- Verbot von Leiharbeit in bestreikten Betrieben.

Stephan Wende, Vorsitzender DIE LINKE. Oder-Spree

weitere Infos: *www.gleichearbeit-gleichesgeld.de*



Am 21. Juni 1998 starb Gerhard Gundermann.

Die Lücke, die er hinterließ ist groß und die Wunden bei Vielen nicht wirklich verheilt. Zehn Jahre später gedenken und feiern Kollegen und Freunde, Weggefährten und Nachgeborene, mit einem vielstimmigen und mehrstündigen Tribut- Konzert diesen außergewöhnlichen Menschen und Künstler. Die Liste der Mitwirkenden auf der Bühne wird lang und ist noch nicht ganz abgeschlossen. Ihr Kommen haben u.a. signalisiert: Gundermanns Seilschaft, Polkaholix, die komplette Randgruppencombo, Andreas Dresen, Gabriela Maria Schmeide und Axel Prahl, Nora Tschirner, Silly, Toni Mahoni und Band, ein Orchester um Tobias Morgenstern feat Winnie Böwe und Thomas Rühmann, Silly …

- 21. 6., 20 Uhr, Berlin, Columbiahalle, „Tribut für Gerhard Gundermann“
- 12. 7., 18 Uhr, Fürstenwalde, Mords Eck, Hoffest der LINKEN: „Tribut an Gerhard Gundermann“ mit Henry-Martin Klemt, Liedermacher Bernd Nitzsche und Gruppe „kiltyfanad“ und dem Gundi-Film

Es kommt der Tag

es kommt der tag
da sind die kleinen groß
und die großen werden tot sein

es kommt der tag
da schweigen all die sänger
und die steine werden schrein

und ich kehre zurück
aufm pferd mit wilder mähne
und aus schwarzen schafen
werden weiße schwäne

es kommt der tag
da brechen in die müden städte
wilde wasser ein

es kommt der tag
da wird jeder alte kahn
ein schiff voller piraten sein

und ich kehre zurück

Gerhard Gundermann, 1985

Veranstaltungen (Auswahl)

- 9 6., 19 Uhr, Storkow, Friedensdorf, **Mitgliederversammlung der LINKEN in Storkow** zur Wahl der KandidatInnen der Storkower Stadtverordnetenversammlung und zum Beschluss des Wahlprogrammes
- 9. 6., 19 Uhr, Müllrose, Rathaus, **öffentliches Bürgerforum „Links wirkt!“** mit der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Müllrose
- 9. 6., 14 Uhr, Lindenberg, Wettermuseum **Treff der AG Senioren aus Beeskow**
- 21. 6., 9–11 Uhr, Fürstenwalde, OT Trebus, Restaurant Seeblick, **4. Tagung der 1. Kreisdelegiertenkonferenz der LINKEN in Oder-Spree** mit Beratung und Beschluss des Kreiswahlprogrammes und Debatte zum Programmprozess der LINKEN
- 21. 6., 11.45–16 Uhr, Fürstenwalde, OT Trebus, Restaurant Seeblick, **WählervertreterInnenkonferenz der LINKEN in Oder-Spree zur Wahl der KreistagskandidatInnen**
- 23. 6., 19 Uhr, Schöneiche, Rauhfutterspeicher „Welche Schule besuchen unsere Kinder nach der 6. Klasse“ – Podiumsgespräch mit Gerrit Große, Bildungsexperin der LINKEN im Landtag Brandenburg

Alles öffentlich im Kreistag LOS

Sitzungen Juni 2008

DIE LINKE-Fraktion des Kreistages Oder-Spree

Öffentliche Fraktionssitzungen: 17. 6., 19 Uhr, Fürstenwalde, Kreisgeschäftsstelle
Fraktionsgeschäftsstelle: 15517 Fürstenwalde, Schloßstraße 7
Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax 34 26 24
Fraktionsgeschäftsführerin: Monika Pooch, 15518 Beerfelde, Jänickendorfer Straße 55, Tel. (03 36 37) 3 88 42, Fax 3 88 43
E-Mail: *emk.pooch@t-online.de*

Ausschüsse des Kreistages Oder-Spree

- Kreisausschuss 4. 6., 17.30 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7

Kreistag Oder-Spree

25. 6., 17 Uhr, Beeskow, Atrium Landratsamt, Haus B, Breitscheidstr. 7

Tschüss, lieber Lothar!

Prof. Dr. Lothar Schimmelpfennig ist tot.

Wie viele Stunden haben wir gemeinsam diskutiert und manchmal auch gestritten. Über die Pogrammatik unserer Partei, über ihre Entwicklung. Wie vehement warbst Du für die Politische Bildung – nicht nur für die jungen Genossinnen und Genossen, nein immer konsequent für alle. Denn alle müssen sich politisch bilden – so Dein Credo. Man ist nicht politisch ohne Wissen, Werte und Überzeugungen. Wie recht Du hast.

Du warst uns ein väterlicher Freund, ein Lehrer und Vorbild. Danke dafür!

Stephan Wende *Vorsitzender DIE LINKE. Oder-Spree*
Monika Krüger *Fraktionsvorsitzende DIE LINKE. im Kreistag Oder-Spree*

Herzlichen Glückwunsch

zum Geburtstag im Juni

60. Jürgen Strauß, Erkner
Günther Vogler, Eisenhüttenstadt
70. Hans-Joachim Claus, Lindenberg
Katja Deim, Erkner
Christa Giesel, Eisenhüttenstadt
80. Alfred Nitschke, Neuzelle
82. Ursula Poßling, Eisenhüttenstadt
83. Ewald Piede, Kossenblatt
Walter Reiche, Plattkow
85. Vera Popper, Eisenhüttenstadt
86. Gertrud Lehmann, Kossenblatt
87. Irene Nitsche, Fürstenwalde

DIE LINKE Oder-Spree

Kreisgeschäftsstelle • Schloßstraße 7 • 15517 Fürstenwalde
Tel. (0 33 61) 3 30 69 • Fax (0 33 61) 34 26 24
E-Mail: *kontakt@linke-oder-spree.de*

geöffnet Mo., Do. 9–12 und 13–17 Uhr
Di. 9–12 und 13–19 Uhr, Fr. 9–13 Uhr
Kasse Di. 13–17 Uhr und Do. 9–12 Uhr

IMPRESSUM:
Herausgeber: Arbeitsgruppe „WIDERSPRUCH“ im Kreisverband DIE LINKE Oder-Spree, Schloßstraße 7, 15517 Fürstenwalde, Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24, E-Mail: kontakt@linke-oder-spree.de
Redaktion: Peter Hochmuth (V.i.S.d.P.), Tel./Fax (0 33 62) 55 96, E-Mail: Peter-Waltraud-Hochmuth @t-online.de; Dr. Elvira Strauß, Tel./Fax (0 33 62) 49 62, E-Mail: Elvira_strauss@web.de
Erscheinung: monatlich (11 x jährlich), Redaktionsschluss: 20. Tag des Vormonats; Auflage: 3 000
Satz: Satzstudio Schneider, 15537 Erkner, E-Mail: Schneider.Satz@t-online.de
Druck: Printgroup GmbH & Co. KG, Weinbauernstraße 12a, 81539 München
„WIDERSPRUCH“ wird aus Leserspenden finanziert (Herstellungskosten pro Ausgabe durchschnittlich 0,58 €, im Jahr 7 €). Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen oder redaktionell zu überarbeiten. Nicht redaktionelle Artikel geben nicht immer die Auffassung der Redaktion wieder. Alle LeserInnen werden gebeten, Spenden unter dem Stichwort „WIDERSPRUCH“ auf das Konto 3 410 533 965, BLZ 170 550 50 bei der Sparkasse Oder-Spree, auf Spendenlisten der DIE LINKE-Kreisverbandes LOS oder in der Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE (Schloßstr. 7, 15517 Fürstenwalde) einzuzahlen. Höhere Spenden sind immer willkommen.

20. Mai – Ost-Termin der Bundestagsfraktion DIE LINKE. in Frankfurt (Oder)

„Karl Marx ist ein fantastischer Denker“

Fast 20 Jahre wurden im Osten Deutschlands Erfahrungen mit Wende, Umbrüchen und Transformationen gesammelt – bittere, schmerzhafte, zukunftsbejahende, trotzige, heitere. Diese Umbruchserfahrungen von Ost- und Westdeutschen liegen brach, sie werden viel zu wenig als Entwicklungschance für die ganze Republik aufgenommen. Auch als gesamtdeutsche Fraktion setzt sich DIE LINKE. im Bundestag nach wie vor in besonderer Weise für die Interessen der Menschen in den ostdeutschen Bundesländern ein.

In Frankfurt (Oder) kamen Gesine Schwan, Präsidentin der Europa-Universität Frankfurt (Oder), und Lothar Bisky, MdB, DIE LINKE., über ihre Erlebnisse und Eindrücke ins Gespräch, richteten den Blick zurück, aber vor allem nach vorn. Gemeinsam mit über 120 Bürgerinnen und Bürgern fand eine offene Diskussion über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft von Ostdeutschland statt. Und natürlich stand immer eine Frage im Raum: Wie hält es die Kandidatin der SPD für das Bundespräsidentenamt mit der LINKEN? Gesine Schwan gab die Antwort gleich selbst. „Karl Marx ist ein fantastischer Denker“, meint die Politikerin. Wohlgemerkt: Ist.

Nicht mehr der Kommunismus ist der politische Gegner, sondern der Kapitalismus, sagte sie so laut und deutlich und offenbar für jedermann so selbstverständlich, dass es nicht einmal viel Beifall gab. Und die DDR? Nicht alles schlecht, vielleicht sogar einiges gut. Die Westdeutschen genössen ihr Überlegenheitsgefühl und übersähen dabei, was sie vielleicht hätten lernen können. Das Gesundheitssystem zum Beispiel, das zwar einen niedrigeren Standard gehabt habe, aber den wenigstens für alle gleich. Auch am Bildungssystem gefielen der Lehrertochter Elemente, etwa die achtjährige Einheitsphase. „Ich kämpfe für eine egalitäre Sichtung der Talente. Das ist links“, sagte sie.

Gesine Schwan – sicher ein bemerkenswerte und wählbare Kandidatin. „Herzlich willkommen, Frau Präsidentin!“ – so begrüßte sie Roland Claus, MdB, als Gastgeber der Ostgespräche an diesem Sommerabend in Frankfurt (Oder).

Stephan Wende
Vorsitzender DIE LINKE. Oder-Spree

Prof. Dr. Gesine Schwan

Fotos: Willi Wallroth

Am Störitzsee bei Grünheide – das linke Pfingstcamp

Action, Politics, Party, Chillen

linksjugend ['solid]

Stell dir vor: Wald. Mücken summen und gehen ihrer hemmungslosen Blutgier nach, Wasser plätschert – und mitten in dieser Einöde treffen sich bis zu 400 Jugendliche verschiedenster Strukturen, um bei strahlendem Sonnenschein über eine bessere Gesellschaft zu diskutieren.

So geschehen vom 9. bis 12. Mai 2008 beim linken Pfingstcamp am Störitzsee bei Grünheide. Die Landesverbände Brandenburg, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern der Linksjugend [’solid] hatten gemeinsam mit den Falken Berlin-Brandenburg und verschiedenen Gewerkschaftsjugenden zum Pfingstcamp eingeladen. Aber auch bundesweit fand das Pfingstcamp große Aufmerksamkeit. So machten sich sogar GenossInnen aus Hessen, Bayern und Schleswig-Holstein auf den langen Weg in die brandenburgische Pampa. 120 GenossInnen aus insgesamt fünf Landesverbänden verbrachten das verlängerte Wochenende in regem politischen und persönlichen Austausch untereinander sowie mit TeilnehmerInnen der anderen Organisationen, mit sportlichen Aktivitäten und Workshops zu unterschiedlichsten Themen, wie z. B. Marx für EinsteigerInnen, linke Bildungskritik, Feminismus für Männer, Aktionstraining, Kommunalpolitik für Jugendliche und Schnupperkurs im Klettern, um nur einen kleinen Einblick zu geben.

Der gelebte Camp-Kommunismus fand Unterstützung durch die Gruppe der Demo-SanitäterInnen, die rund um die Uhr alle kleineren und größeren Wehwehchen umsorgten.

Trotz der unterschiedlichen politischen und landschaftlichen Herkunft der TeilnehmerInnen herrschte auf dem gesamten Gelände des Störitzlandes eine unbeschreibliche Solidarität zwischen den Organisationen. Das zeigte sich besonders bei den Konzerten und den weiteren allabendlichen Kulturprogrammen. Dazu gehörte sowohl das gemeinsame Singen traditioneller Arbeiterlieder zu den Klängen der Band „Einheizfront“, als auch das gemeinsame Feiern bei den anderen Bands und den nächtlichen Discos.

Allen bot das Pfingstcamp eine willkommene Möglichkeit, sich vom Alltagsstress des Kapitalismus zu erholen und für wenige Tage eine alternative Gemeinschaft zu errichten.

Jürgen Engert
[’solid] Fürstenwalde

**DIE LINKE.
Schöneiche**

65 Mitglieder
Vorsitzende:
Beate Simmerl
Tel. (01 51) 52 43 54 83
E-Mail:
beatesimmerl@web.de

Fraktion in der Gemeindevertretung:
5 Mitglieder
Vorsitzender:
Heinz Drescher
Tel. (0 30) 6 49 51 31

Beate Simmerl kandidiert zur Kommunalwahl am 28. 9. 2008 erneut für die Gemeindevertretung Schöneiche

1. Mai in Schöneiche

DIE LINKE lud ein

Der Ortsverband DIE LINKE. Schöneiche lud wie jedes Jahr zur 1. Mai-Feier in die Kulturgiesserei ein. Viele Bürger aus Schöneiche und Umgebung kamen und hatten wieder einen schönen und erlebnisreichen Nachmittag.

Gestartet wurde sehr zünftig, noch bei etwas Nieselregen, mit der Trommelgruppe „Maamano“ vom Gymnasium Rüdersdorf. Vielen Dank den Trommlern. Nach mehreren Zugaben war der Regen weggetrommelt und für den Rest des Nachmittags hatten wir schönstes Wetter. Weiter ging es bei Bratwurst und Bier, Kaffee und Kuchen zum traditionellen Skattunier.

Ein Höhepunkt der Veranstaltung war das Podiumsgespräch von Renate Adolph mit Autorin Daniela Dahn. „Wie sich dem Zeitgeist widersetzen?“ war die spannende Frage, die zu einer sehr regen Diskussion mit den zahlreich anwesenden interessierten Zuschauern führte.

Trommelgruppe „Maamano“ vom Gymnasium Rüdersdorf

Zahlreiche Gespräche führten Vertreter von Vereinen und Bürgern mit den Mitgliedern der Fraktion DIE LINKE. in der Gemeindevertretung Schöneiche. Hauptthemen waren die fehlende weiterführende Schule, Probleme von älteren und behinderten Bürgern mit nicht behindertengerechten Gehwegen, Pferden auf öffentlichen Strassen und Gehwegen.

Für einen anspruchsvollen und nachdenklichen kulturellen Beitrag sorgten Katrin Fiegler & Sonja Lachmund. Sie nahmen den 150. Geburtstag von Heinrich Zille zum Anlass, um unter dem Titel „Meine Bilder sind zum Weinen und nicht zum Lachen gemacht“ ein sehr schönes Programm zu gestalten. Den Abend hatte auf bewährte Weise „Clower“ mit ihrem Irish Folk & Celtic Rock fest im Griff. Es wurde bis spät in die Nacht getanzt.

Beate Simmerl
Vorsitzende DIE LINKE. Schöneiche

OFFEN GESAGT

„Wer nie versucht hat, sich einzumischen, soll nicht behaupten, es ginge nicht.“

Wieder „Offen gesagt“ bei der Landtagsabgeordneten Renate Adolph, diesmal Daniela Dahn diesmal zum 1. Mai-Fest in Schöneiche

Diese Worte Daniela Dahns stehen zugleich für ihre Biografie. Bereits in der DDR analysierte sie genau gesellschaftliche Vorgänge und handelte nach ihrem Grundsatz: Kritisieren heißt, sich verantwortlich fühlen. Bei unserer Veranstaltung, die nicht zufällig am 1. Mai stattfand, zitierte sie kritische und nachdenkliche Texte aus DDR- und Nachwendezeiten sowie aus ihrem Buch „Demokratischer Abbruch – Von Trümmern und Tabus“.

Nach nahezu zwei Jahrzehnten deutsch-deutscher Uneinigkeit zog die Autorin zahlreicher Bücher, Hörspiele, Filme und Fuetures eine ernüchternde Bilanz: Sie fragte, was ist noch übrig von Freiheit und Gleichheit, von der Glaubwürdigkeit des politischen Systems?

Im Herbst 1989 war sie Gründungsmitglied des „Demokratischen Aufbruchs“, den sie später verließ. Denn dem Aufbruch mit sozialistischen Träumen von Gleichheit schien der „demokratische Abbruch“ zu folgen, die Zerstörung von Freiheiten und Rechten im Zeichen eines unbezähmbaren Turbokapitalismus. Daniela Dahn unternahm eine kritische Bestandsaufnahme des Umgangs mit Recht und Demokratie, mit Militarisierung und Globalisierung und kam zu dem Schluss: Westliche Grundwerte verteidigt man am besten, indem man sie selbst einhält.“

Sie ist streitbare Schriftstellerin, vor allem in der Auseinandersetzung mit dem deutschen Vereinigungsprozess. Spätestens seit ihren Erfolgsbüchern „Westwärts und nicht vergessen“ und „Vertreibung ins Paradies“ wurde sie unverwechselbar zu einer wichtigen deutschen Stimme aus dem Osten, urteilte einmal Egon Bahr.

Mit ihren Analysen in dem Buch „Wenn und Aber“ begab sich Daniela Dahn darüber hinaus auch auf globales Terrain. Wem gehört die Welt? Was darf Krieg? Brauchen wir eine Globalisierung der Demokratie?

Die sehr anregende Diskussion in der Kulturgießerei mit etwa 70 höchst interessierten Zuhörerinnen und Zuhörern richtete sich dann auch auf den Zustand der Demokratie in der heutigen Bundesrepublik, auf die Beteiligung der LINKEN in Regierungsverantwortung, auf die Rolle von Opposition sowie auf die Mitherausgabe Dahns bei der Wochenzeitschrift „Freitag“. Und immer ging und geht es der Autorin um den radikal offenen Umgang mit alten Lebenslügen und neuen Zumutungen, um wahre Demokratie und Mitbestimmung mit einem sozialen Anspruch.

Renate Adolph
Mitglied des Landtages Brandenburg

Daniela Dahn (links) siegniert ihre Bücher nach der Lesung, rechts die Gastgeberin Renate Adolph